

Überblick

1/2014

Vor den Wahlen

- ▶ **Zersplittertes Rechtsaußen-Spektrum
Extrem rechte Parteien bei den nordrhein-
westfälischen Kommunalwahlen**

- ▶ **Mit Nationalismus ins Europaparlament?**

IDA_{NRW}

Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums
für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen
20. Jg., Nr. 1, März 2014
ISSN 1611-9703

Inhalt

Schwerpunkt: Vor den Wahlen

- Zersplittertes Rechtsaußen-Spektrum Extrem rechte Parteien bei den nord- rhein-westfälischen Kommunalwahlen Hendrik Puls	3
- Mit Nationalismus ins Europa- parlament? Alexander Häusler	8
In eigener Sache: Das IDA-Projekt „Dimensionen – Der NSU und seine Auswirkungen auf die Migrationsgesellschaft“ Rolf Knieper/Özlem Demirel	10
Literatur und Materialien	12
Termine	15
Nachrichten	16

Impressum

Der Überblick erscheint vierteljährlich, ist kostenlos und wird herausgegeben vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in NRW (IDA-NRW), Volmerswerther Str. 20, 40221 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 15 92 55-5, Fax: 02 11 / 15 92 55-69, Info@IDA-NRW.de
www.IDA-NRW.de

Unter <http://www.ida-nrw.de/publikationen/ueberblick/> ist der Überblick auch im pdf-Format herunterzuladen.

Redaktion: Anne Broden

Der Überblick und IDA-NRW werden gefördert durch das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen. IDA-NRW ist angegliedert an das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V.

Einsendeschluss von Nachrichten und Veranstaltungshinweisen für 2/2014: 01.06.2014.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die Tagung „Kontinuität des öffentlichen Versagens? Die Schwierigkeit, in Deutschland über Rassismus zu sprechen“, die IDA-NRW, Opferberatung Rheinland und das Center for Migration, Education and Cultural Studies der Universität Oldenburg im Dezember 2013 durchführten, hat zu einigen öffentlichen Stellungnahmen geführt. So verweisen Arzu Çiçek und Saphira Shure in ihrer Zusammenfassung der Diskussionen darauf, dass mit dem Bekanntwerden der NSU-Morde eine Verlagerung des Rassismus – raus aus der Mitte der Gesellschaft in ein „jenseits der Gesellschaft“ – stattfand und dass wir heute mit der Merkwürdigkeit konfrontiert sind, „dass es in Deutschland zwar einerseits Rassisten gibt, aber nirgendwo Rassismus“. Sprechen über Rassismus stelle „kein ‚respektables‘ Unternehmen dar“, so die Wissenschaftlerinnen.

Wenn ich bei Vorträgen, Workshops oder Konferenzen auf strukturellen und institutionellen Rassismus, beispielsweise in Schule oder den Verfolgungsbehörden, aufmerksam mache, wird manchmal offen der Ärger über diesen Befund artikuliert, weitaus häufiger jedoch wird rassistische Gewalt schlichtweg bagatellisiert und die Verantwortung der Institutionen negiert. Fortbildungen an Schulen, zu denen ich eingeladen werde, fokussieren vorzugsweise Rassismus und Rechtsextremismus der SchülerInnen sowie pädagogische Gegenmaßnahmen. Wenn es dann aber um die Schulkultur, um problematische Strukturen der Institution Schule oder menschenverachtende Einstellungen der Lehrenden gehen soll, wird dies oftmals schroff zurück gewiesen. Rassismus aber ist nicht in erster Linie ein Problem junger Menschen, sondern vor allem ein Problem der gewaltvollen Strukturen. Wenn wir die Strukturen aber nicht verändert bekommen, weil die Individuen, die hinter diesen Strukturen stecken (und von ihnen oftmals profitieren), nicht bereit sind, diese zu problematisieren und Veränderungen anzugehen, werden wir auf dem Weg zu weniger rassistischen Verhältnissen nicht vorankommen. Dies stellt m. E. auch die große Herausforderung für das „integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“ dar, das aktuell in NRW erarbeitet wird. Dass VertreterInnen aus Wirtschaft, Medien, Wissenschaft, verschiedenen Bildungseinrichtungen und Zivilgesellschaft in die Erarbeitung des Handlungskonzepts eingebunden sind, lässt mich hoffen, dass Institutionen und Strukturen nicht völlig aus dem Blick geraten.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Herzliche Grüße
Anne Broden

Schwerpunkt: Vor den Wahlen ...

... in den Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen und auf EU-Ebene am 25. Mai wollen wir den LeserInnen Informationen zu rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien an die Hand geben. Dabei beleuchten wir auch das sich demokratisch gerierende Spektrum am „rechten Rand“, das sich bei einer genaueren Analyse als antimuslimisch und/oder wohlstandschauvinistisch erweist und oftmals personell eng mit rechtsextremen Parteien verknüpft ist.

Zersplittertes Rechtsaußen-Spektrum Extrem rechte Parteien bei der nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen Hendrik Puls

Am 25. Mai können die BürgerInnen Nordrhein-Westfalens ihre kommunalpolitische Vertretung für die Stadträte, Bezirksvertretungen und Kreistage wählen. Auch die Parteien des Rechtsaußen-Spektrums haben diese Wahlen in den Blick genommen und Kandidaturen angekündigt. Dabei zeichnet sich im Land ein uneinheitliches Bild ab: Ob und vor allem welche dieser Parteien sich zur Wahl stellen, wird sich von Kommune zu Kommune deutlich unterscheiden. Neben der NPD und der „Bürgerbewegung pro NRW“ haben Splittergruppen wie die 2012 gegründete Neonazi-Partei „Die Rechte“, die nur noch über wenige aktive Verbände verfügenden „Die Republikaner“ (REP) sowie die im Rhein-Sieg-Kreis beheimatete „Ab jetzt ... Demokratie durch Volksabstimmung“ einzelne Kandidaturen angekündigt. Hinzu kommen in einigen Kommunen lokale Wählervereinigungen mit einem rechtspopulistischen Profil wie die „Freien Wähler“ in Düsseldorf oder die „Unabhängige Bürgerpartei“ (UBP) im Kreis Recklinghausen. Vor allem in den Großstädten des Ruhrgebiets und des Bergischen Landes stehen extrem rechte Parteien in einem Konkurrenzverhältnis zueinander, sie werben mit nahezu identischen thematischen Schwerpunktsetzungen um dasselbe WählerInnenreservoir. In ihrer Zersplitterung unterscheidet sich die aktuelle Situation der Rechtsaußen-Parteien nicht von derjenigen 2009. Allerdings ist mit der „Alternativen für Deutschland“ (AfD) im Jahr 2013 eine weitere Partei auf der politischen Bühne erschienen. Da sie mit ihren populistischen Lösungen in Teilen ein ähnliches Klientel wie die bestehenden Rechtsaußen-Parteien ansprechen dürfte, wird sie von diesen als ernsthafte Konkurrenz betrachtet (vgl. Häusler 2013, 60ff). Im Unterschied zu einer Partei wie „Pro NRW“ ist die AfD nicht als rechtsextrem stigmatisiert und ver-

fügt über bessere Zugänge zu den Medien. Zwar ist für die AfD die ebenfalls am 25. Mai stattfindende Wahl zum Europäischen Parlament von größerer Bedeutung als die Kommunalwahlen, gleichwohl hat sie Kandidaturen in einigen nordrhein-westfälischen Städten und Kreisen angekündigt.

Bedeutung der Kommunalwahlen für die Rechtsaußen-Parteien

Die Erlangung kommunalpolitischer Mandate hat in der Strategie der Rechtsaußen-Parteien eine besondere Bedeutung, da man sich kaum Illusionen macht, auf Landesebene in Nordrhein-Westfalen Erfolg zu haben. Wahlergebnisse von 1,4 Prozent (Pro NRW) oder 0,5 Prozent (NPD) im Jahr 2012 sind Ausdruck einer geringen Mobilisierungskraft bei Landtagswahlen. Bei Kommunalwahlen sind die Bedingungen für die extreme Rechte günstiger: Zum einen können hier Kandidaturen in kommunalen „Hochburgen“ forciert werden, zum anderen lassen sich durch das Aufgreifen kommunalpolitischer Konfliktthemen eher WählerInnen mobilisieren. Nicht zuletzt sorgt das Fehlen der Fünfprozenthürde dafür, dass auch Wahlergebnisse um ein Prozent für ein Mandat in den Kommunalvertretungen ausreichen.

Für die Rechtsaußen-Parteien bieten kommunale Mandate unterschiedliche Möglichkeiten: Erstens können sie die Parlamente „als Bühnen und Foren für ihre klassischen Themenbereiche“ (Hafeneger/Schönfelder 2007, 11) nutzen. Hier stehen propagandistische Ziele im Vordergrund. Zweitens wird durch eine aktive, sachorientierte Mitarbeit in Form von Anträgen, Anfragen und Öffentlichkeitsarbeit eine „Normalisierung und ihre zumindest teilweise Akzeptanz im Parteien- und Parlamentsgefüge“ (ebd., 12) angestrebt. Ziel ist es, Anerkennung und Zugehörigkeit zu erlangen sowie der Versuch, „das Etikett einer ‚Ein-/Zwei-Themenpartei‘ abzustreifen.“ (ebd., 11) Beides ist allerdings voraussetzungsvoll, da kompetente MandatsträgerInnen benötigt werden, die viel Zeit und Energie in ihre Arbeit in den Kommunalvertretungen investieren. Besonders der Versuch einer sachorientierten Profilierung ist aufwändig und führt nicht automatisch zu besseren Wahlergebnissen. Bezogen auf die Aktivitäten extrem rechter Parteien in NRW lässt sich konstatieren, dass nur wenige ihrer MandatsträgerInnen einen solchen Ansatz verfolgen. Viele sind weitestgehend passiv und unauffällig. Anfragen und Anträge werden vor allem dort produziert, wo die MandatsträgerInnen entweder besonders erfahren sind oder von ihrer Partei zielgerichtet unterstützt werden. Dies ist bei „Pro NRW“ zu beobachten, wo einige Anfragen und Anträge regelrecht durch die Stadträte und Kreistage „wandern“.

Kommunale Mandate erfüllen noch eine weitere, nicht zu unterschätzende Funktion: Sie spülen Geld in die Kassen der Rechtsaußen-Parteien,

vor allem dann, wenn es ihnen möglich ist, eine Fraktion zu bilden. Diese Einnahmen können sich auf mehrere zehntausend Euro im Jahr belaufen (vgl. Beucker 2014, 28f.). Mit einer Kandidatur soll auch die Daseinsberechtigung einer Partei sowohl gegenüber den eigenen Mitgliedern und SympathisantenInnen als auch gegenüber dem Bundeswahlleiter belegt werden. So diente die Teilnahme an der Bundestagswahl 2013 durch „Die Rechte“ nur dazu, den reklamierten Parteienstatus abzusichern, der wiederum ein Verbot der Organisation erheblich erschwert.

Die Neoanzis: NPD und „Die Rechte“

Der NPD-NRW-Landesvorsitzende Claus Cremer erklärte bereits 2008, dass die „Grundlage für gute Ergebnisse bei Landtagswahlen“ eine „vernünftige kommunale Vorarbeit“ sei (Cremer 2008). Damit lag er ganz auf der Linie seiner Parteiführung, die großen Wert auf den Ausbau einer „kommunalen Verankerung“ legte und über Jahre versuchte, die Zahl der Kommunalmandate zu erhöhen. Zu diesem Zwecke gründete die NPD bereits 2003 eine „Kommunalpolitische Vereinigung“ (KPV), die den Kreisverbänden beratend zur Seite stehen sowie die Kompetenz und Vernetzung ihrer MandatsträgerInnen erhöhen soll (vgl. Jentsch 2010).¹ Auch nach der aus NPD-Sicht ernüchternd ausgefallenen Bundestagswahl will Cremer an seinem „präferierte[n] Weg der kommunalen Graswurzelarbeit“ (Cremer 2013) festhalten. Dass die NPD in diesem Jahr weitere Kommunalmandate hinzugewinnen kann – 2009 erreichte sie 24 Sitze in Stadträten und Kreistagen – ist unwahrscheinlich. Der Zustand der Partei in NRW ist desaströs: Nach innerparteilichen Auseinandersetzungen um das Verhältnis zu den „Freien Kameradschaften“ und Streit um vermeintliche „Spitzel“ im Landesvorstand sind seit 2011 Teile des radikalen, offen nationalsozialistisch auftretenden Parteiflügels ausgetreten oder wurden ausgeschlossen. Ehemals starke Verbände wie in Düren sind seitdem nicht mehr aktiv, in Siegen trat der NPD-Kreistagsabgeordnete Stefan Flug aus der Partei aus und die Führungsspitze des Kreisverbands Düsseldorf/Mettmann wechselte 2013 zur neugegründeten „Die Rechte“. Auch Mitglieder des NPD-Kreisverbands Ennepe-Ruhr, die zu dem Parteiflügel zählten, der sich stärker an der von Holger Apfel proklamierten „seriösen Radikalität“ orientierte, verließen die NPD. Der Kreistagsabgeordnete Thorsten Crämer fand sich mit anderen zeitweilig in der lokalen Wählervereinigung „Soziale Heimat Partei“ (SHP) wieder, ein Projekt, das allerdings nach kurzer Zeit eingestellt wurde (vgl. Sager 2013a). Der 2009

auf der Liste der NPD in den Stadtrat von Ennepetal gewählte Andre Hüsgen treibt nun den Parteaufbau von „Pro NRW“ in Remscheid voran. Seit 2009 hat die NPD sieben ihrer 24 Mandate durch Austritte verloren. In Teilen von Ostwestfalen und des Münsterlandes ist sie zudem seit jeher strukturell schlecht aufgestellt.

Einen Schwerpunkt ihrer Wahlkampfaktivitäten wird die NPD deshalb auf diejenigen Städte und Kreise am Niederrhein, im Sauerland und im Ruhrgebiet legen müssen, in denen ihr noch Mandatsträger² verblieben sind. Besondere Bedeutung wird den Ruhrgebietsstädten beigemessen. Mandatsträger aus Essen, Bochum und Dortmund gründeten 2010 die so genannte „Nationale Ruhrachse“. Die Kooperation führte zu abgestimmten parlamentarischen Anträgen und Anfragen, einigen Veranstaltungen sowie „Aktionstagen“. 2014 sollen weitere Mandate in Duisburg gewonnen werden. Unter dem Motto „Arbeitsplätze schaffen statt Asylflut fördern“ will die NPD dort am 1. Mai ihre zentrale Wahlkampfkundgebung abhalten.

Nirgendwo sonst konnte die NPD so gute Ergebnisse erzielen wie in der einstigen Stahlstadt. Bei der Bundestagswahl 2013 gewann die NPD in den zwei Duisburger Wahlkreisen 3,4 Prozent bzw. 2,3 Prozent der Zweitstimmen. Es war das höchste Ergebnis in den westlichen Bundesländern. Ihr Direktkandidat Sven Peter Stöltzing konnte gar 4,5 Prozent der Erststimmen auf sich vereinen (vgl. Sager 2013b). Konkurrenz wird die NPD hier allerdings von der „Bürgerbewegung pro NRW“ bekommen, die bereits DirektkandidatInnen und eine Reserveliste gewählt hat.

Auch in Dortmund rechnet sich die NPD gute Chancen aus, ihre beiden bei der Wiederholungswahl 2012 erlangten Mandate im Stadtrat zu halten, obwohl sie dort mit der Partei „Die Rechte“ eine neue Konkurrenz bekam.

Der Kreisverband von „Die Rechte“ gründete sich wenige Wochen nach dem staatlichen Verbot des „Nationalen Widerstands Dortmund“ (NWDO) im August 2012 und hat sich zum Sammelbecken der „organisationslos“ gewordenen Neonazis entwickelt. Der NWDO war eine der führenden neonazistischen Kameradschaften in NRW und hatte vor allem aufgrund der in Dortmund praktizierten Straßenpolitik sowie der Popularisierung des stilbildenden Phänomens der „Autonomen Nationalisten“ (vgl. Schedler 2011) eine bundesweite Ausstrahlung. Bereits vor dessen Verbot im August 2012 bemühten sich die NWDO-Führungskader um die Aufnahme in die NPD, die ihnen allerdings verwehrt wurde, was zu einem feindseligen Verhältnis zur NPD führte. Die Pfingsten 2012 vom langjährigem Neonazi-Aktivistin und „Bewegungsunternehmer“ Christian Worch (vgl. Erb 2006) gegründete Partei „Die Rechte“ stand dann als Auffangbecken bereit. Formal ist sie eine beim

¹ Gründungsvorsitzender der KPV war der seit 1999 für die NPD im Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises sitzende Stephan Meise. Der NPD-Kreisverband Rhein-Sieg zählt aktuell zu den wenigen arbeitsfähigen NPD-Verbänden im südlichen Rheinland.

² Es handelt sich ausschließlich um Männer.

Bundeswahlleiter zugelassene Partei mit einer weniger radikalen Programmatik als die NPD. So beginnt das weitestgehend auf dem alten Parteiprogramm der „Deutschen Volksunion“ (DVU) basierende Programm von „Die Rechte“ mit der Aussage, dass man sich „vollinhaltlich und ohne jeden Vorbehalt zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ bekenne (vgl. Die Rechte 2012). Dieses Bekenntnis steht im Widerspruch zur ideologischen Positionierung der die Partei tragenden Mitglieder, die sich aus bekennenden Neonazis zusammensetzt, denen die BRD und Demokratie als illegitimes „Besatzerkonstrukt“ gelten. In der politischen Praxis spielt das Parteiprogramm keine Rolle. Auch Parteichef Worch misst ihm keine große Bedeutung zu: „Wir stehen auf dem Standpunkt das alleine unser Name [...] unser Programm ist“ (Worch 2013; Fehler im Original). Der Name sei das wichtigste politische Kapital der neuen Partei (vgl. ebd.). Die AktivistInnen der verbotenen Kameradschaften nutzen „Die Rechte“ als neue, vorläufig durch das Parteienprivileg geschützte Organisationsform, die ihnen die Fortführung ihrer Aktivitäten und die Aufrechterhaltung ihres organisatorischen Zusammenhalts erlaubt. Die Teilnahme an Wahlen ist kein vordringliches Ziel, man äußert sich gar verächtlich über sie. So bezeichnete der Düsseldorfer Kreisverbands von „Die Rechte“ die Bundestagswahl als eine der „größten Scheinveranstaltungen“ des „Regime(s)“. Von einer freien Wahl könne nicht die Rede sein, da eine „nationalsozialistische Partei“ auf dem Wahlzetteln fehle und „jede Partei verboten wird, die das parlamentarisch demokratische System an sich in Frage stellt“ (Die Rechte Düsseldorf/Solingen/Mettmann 2013).

Das Ergebnis von 0,024 Prozent blieb deutlich hinter dem der NPD (1,3 Prozent) zurück. Selbst in Dortmund, wo „Die Rechte“ über ihren stärksten Kreisverband mit über 100 Mitgliedern verfügt, wurde sie nur von 175 Personen gewählt (vgl. Sager 2013b). Für die Kommunalwahl hat die Neonazi-Partei in Dortmund eine fünfköpfige Reserve-liste aufgestellt, die von dem langjährigen Szenekaktivisten Siegfried „SS-Siggi“ Borchhardt angeführt wird. Das Gründungsmitglied der rechten Hooligangruppe „Borussenfront“ tritt mit dem Slogan „Von der Südtribüne in den Stadtrat“ an. Ihm folgen vier ehemalige Mitglieder des NWDO. „Die Rechte“ veröffentlichte außerdem ein knapp gehaltenes 25-Punkte-Programm für Dortmund, das mit Forderungen gegen „Asylanteneinwanderung“ und „Überfremdung“ beginnt³ (vgl. Die Rechte 2014). Neben Dortmund hat „Die Rechte“ nur in Wuppertal und im westfälischen Hamm weitere Kommunalwahlkandidaturen angekündigt.

Während man in Hamm nach eigenen Angaben nur die Hälfte der Wahlbezirke besetzen kann, wollen die Neonazis in Wuppertal lediglich für drei Bezirksvertretungen kandidieren. In Hamm wird der lokale Kreisverband von ehemaligen Mitgliedern der verbotenen „Kameradschaft Hamm“ dominiert. Hier hat die Partei keine Konkurrenz von Seiten der NPD zu fürchten. Der zuständige NPD-Kreisverband Unna/Hamm zeichnet sich durch eine große Nähe zu den „Freien Kameradschaften“ aus. Bei einer Mitgliederversammlung im Januar verabschiedete die NPD Unna/Hamm sogar ein Grußwort an die Verbände von „Die Rechte“ in Hamm und Dortmund. Man stehe „in einer gemeinsamen Formation im Kampf um unser Vaterland.“ Weiter hieß es: „Die verschiedenen Parteien sind der Weg, das gemeinsame Reich ist unser Ziel.“ (NPD Unna/Hamm 2014) Die NPD will ausschließlich zur Stadtratswahl in Unna antreten. Unterstützung bekommt sie dabei aus den Reihen des „Freien Netzes Unna“, einer Neonazi-Kameradschaft, die nicht von den Vereinsverbots im August 2012 betroffen war und deren Mitglieder in die NPD eingetreten sind. Damit hat sich die NPD Unna/Hamm als einer der wenigen Kreisverbände der Mitarbeit der jungen Neonazis im Wahlkampf gesichert. In anderen Regionen kann die NPD nicht mehr auf Unterstützung durch parteifreie Neonazis hoffen, von denen sich viele in Richtung „Die Rechte“ orientieren.

Die RechtspopulistInnen: „Pro Köln“ und „Pro NRW“

Bei den Kommunalwahlen 2009 konnte die „Bürgerbewegung pro NRW“ das beste Ergebnis aller Rechtsaußen-Parteien erzielen. Die Interpretation des Ergebnisses als ein „politische(s) Erdbeben an Rhein und Ruhr“ und ein „historische(r) Wahlsieg“, so hieß es in einer Mitteilung der Parteiführung, war aber eine maßlose Übertreibung (vgl. Sager 2009). „Pro NRW“ zog in allen Städten und Kreisen, in denen sie kandidierte, in die Kommunalparlamente ein. Achtungserfolge gelangen in Kommunen wie Radevormwald (5,1 Prozent) Dormagen (4,5 Prozent), Gelsenkirchen (4,3 Prozent) und Leverkusen (4,0 Prozent). Das beste Ergebnis fuhr die lokale Wählervereinigung „Bürgerbewegung pro Köln e. V.“ mit 5,4 Prozent ein. „Pro Köln“ ist die Keimzelle von „Pro NRW“. In der Domstadt testeten die ParteigründerInnen ihr neues Konzept einer vermeintlich lokal verankerten Bürgerbewegung, die sich scharf von den als „politischem Establishment“ bezeichneten demokratischen Parteien und lokalen Eliten abgrenzt, und dabei für sich in Anspruch nimmt, die Stimme der von der Politik betrogenen und benachteiligten Mehrheit des Volkes zu sein. „Pro NRW“ versteht sich als Anwältin des „gesunden Volksempfindens“, polemisiert gegen die angeblich bevorzugte Behandlung gesellschaftlicher Minderheiten, gegen ZuwanderInnen und Asylsuchende sowie

³ Das ausgerechnet „25 kommunale Forderungen“ aufgestellt wurden, ist sicherlich kein Zufall. Die NSDAP trat 1920 mit einem 25-Punkte-Programm an die Öffentlichkeit.

gegen Muslime und Muslima. Das „Feindbild Islam“ hat eine besondere Bedeutung, was sich in Kampagnen gegen Moscheebauten sowie zwei 2008 und 2009 in Köln durchgeführten „Anti-Islamisierungskongressen“ ausdrückte. Trotz der politischen Biografien ihrer GründerInnen (vgl. Schedler 2014) und FunktionärInnen (vgl. Puls 2014), die zahlreiche Berührungspunkte zu anderen extrem rechten Gruppen aufweisen, versucht „Pro NRW“ auf Distanz zum Neonazismus zu gehen und versucht sich selbst als „grundgesetzkonforme Kraft“ zu inszenieren. Aufgrund der zentralen Bedeutung, die Rassismus und Nationalismus für die Praxis und Programmatik der Partei besitzen, ist es gerechtfertigt, diese Selbstverortung grundsätzlich in Frage zu stellen und „Pro NRW“ als „eine dem politischen Zeitgeist konforme Ausprägung der extremen Rechten“ (Häusler 2008, 49) zu charakterisieren. Zugleich erfüllt der politische Stil von „Pro NRW“ alle Merkmale einer rechtspopulistischen Formation.⁴

Bereits 2004 gelang „Pro Köln“ der Einzug in den Stadtrat. Drei Jahre später erfolgte mit der Gründung der „Bürgerbewegung pro NRW“ die Expansion dieses Modells auf die Landesebene, allerdings ohne dass flächendeckend Parteistrukturen aufgebaut werden konnten. „Pro NRW“ hatte ihren Schwerpunkt eindeutig im Rheinland. Bei der diesjährigen Kommunalwahl wollen die RechtspopulistInnen nach eigenen Aussagen 150 bis 200 Mandate gewinnen. Das wären fünfmal so viele wie 2009. Dieses hochgesteckte Wahlziel ist kaum zu erreichen. Der Partei ist noch immer nicht im ganzen Land präsent, ebenso wenig gelang ihr die Sammlung der extremen Rechten. Dennoch wird sie am 25. Mai voraussichtlich in mehr Kommunen auf den Stimmzetteln stehen als bei der letzten Wahl. Besonders im Ruhrgebiet und im Bergischen Land sind neue Kreisverbände entstanden, die bereits DirektkandidatInnen und Reservelisten nominierten. Bisher sitzt „Pro NRW“ im Ruhrgebiet nur im Gelsenkirchener Stadtrat. In diesem Jahr hat man die Räte von Duisburg, Essen, Bochum, Hagen und Witten in den Blick genommen. Auch zur Kreistagswahl im Ennepe-Ruhr-Kreis soll eine Liste aufgestellt worden sein. Erstmals wollen die RechtspopulistInnen in den bergischen Großstädten Remscheid, Solingen und Wuppertal kandidieren, im angrenzenden Oberbergischen Kreis sind sie bereits im Stadtrat von Radevormwald sowie im Kreistag vertreten. Neue Kandidaturen sind außerdem für Aachen und Mönchengladbach angekündigt, hinzu kommen Städte wie Köln, Leverkusen, Bonn und Bergheim sowie der Rhein-Erft-Kreis und der Kreis Minden-Lübbecke, in denen 2009 Mandate gewonnen wurden. „Pro Köln“ hat derweil mit einigen Widrigkeiten zu kämpfen: Zum einen hat die „Alternative für Deutschland“ (AfD) eine Kandida-

tur angekündigt, zum anderen müssen sich vier Ratsmitgliedern von „Pro Köln“ ab dem 11. April 2014 vor dem Landgericht Köln in einem Prozess wegen des Vorwurfs des bandenmäßigen Betrugs verantworten. Sie sollen sich durch fingierte Fraktionstreffen in 350 Fällen unrechtmäßig Sitzungsgelder angeeignet haben.

Aufmerksamkeit und mediale Resonanz will „Pro NRW“ im Wahlkampf mithilfe ihrer „ritualisierten öffentlichkeitsorientierten Eskalationsstrategie“ (Häusler 2012, 7; Hervorhebung im Original) erzielen. Häusler beschreibt diese Strategie wie folgt:

„Konflikte werden mit rassistischer Stoßrichtung aggressiv geschürt, um Aufmerksamkeit und Gegenproteste hervorzurufen. Dies wird wiederum zum Anlass genommen, um sich als Opfer von angeblicher ‚Meinungsdiktatur‘, ‚politischer Correctness‘ und ‚linkem Gesinnungsterror‘ zu inszenieren und erneut den Grad öffentlicher Konflikte zu verschärfen. Ein solches Drehen an der populistischen Schraube ist Ausdruck einer Eskalationsstrategie, die auf Steigerung der Konflikte ausgerichtet ist.“ (ebd.; Hervorhebung im Original) Führt die Partei im Landtagswahlkampf 2012 vor allem vor Moscheen Kundgebungen durch, bei denen sie auch umstrittene „Mohammed-Karikaturen“ zeigte, so wird eine für Mai in 16 Städten angekündigte Wahlkampftour verstärkt Orte, an denen Unterkünfte für Flüchtlinge existieren oder gebaut werden sollen und Häuser, in denen arme ZuwanderInnen aus EU-Ländern leben, aufsuchen. So ruft „Pro NRW“ ihre SympathisantInnen auf, am 1. Mai mit „Kerzen, Fackeln und Lampions“ gegen die Unterbringung von Asylsuchenden in Essen und gegen eine als „Problemhaus“ titulierte und mehrheitlich von Roma bewohnte Immobilie in Duisburg zu demonstrieren.

Die Etablierung von „Pro NRW“ als rechtspopulistische Partei hat vor allem den REP zu schaffen gemacht, die durch Übertritte Mitglieder und Mandate verloren. Der REP-Landesverband verweigerte sich einem Zusammenschluss mit „Pro NRW“, mit REP-Kandidaturen ist aber nur noch in wenigen Städten wie Düsseldorf und Alsdorf zu rechnen. Nicht abzusehen ist bisher, welche Auswirkungen Kandidaturen der AfD auf das Wahlergebnis der Rechtsaußen-Parteien haben werden. Absichtserklärungen sind mittlerweile für ca. 20 Kommunen und Kreise bekannt. Mit Positionierungen gegen „Zuwanderung in die Sozialsysteme“, Bekenntnissen zur „Hetero-Ehe“ und Polemiken gegen Gender Mainstreaming versucht die Anti-Euro-Partei nicht nur die neoliberalen KritikerInnen der EU-Krisenpolitik anzusprechen, sondern wirbt ebenso um ein WählerInnenpotenzial am rechten Rand, dass auch von Parteien wie „Pro NRW“ adressiert wird.

⁴ Vgl. zum Phänomen des Rechtspopulismus Priester 2012.

Themen der Rechten – Themen der Mitte

Thematisch legen alle extrem rechten Parteien ihren Schwerpunkt auf eine rassistische Agitation gegen ZuwanderInnen und Asylsuchende. Dabei greifen sie die seit fast zwei Jahren geführten Diskussionen um die steigende Zahl von Asylant:innen sowie um die mit dem Schlagwort „Armutseinwanderung“ bezeichnete Migration von EU-BürgerInnen auf. So wie die Debatte um angeblichen „Asylmissbrauch“ vom damaligen Bundesinnenminister Friedrich (CSU) initiiert wurde, beziehen sich die Rechtsaußen-Parteien auf ressentimentgeladene Haltungen und Verlautbarungen aus der Mitte der Gesellschaft. „Pro NRW“ hat den Seehofer-Slogan „Wer betrügt, der fliegt“ dankbar aufgegriffen. Die NPD hetzt mit dem Slogan „Sicher leben – Asylflut stoppen“. Besonders aggressiv und unter Verwendung antiziganistischer Stereotype agitieren sowohl Rechtspopulist:innen als auch Neonazis gegen (zugewanderte) Roma. Beide Parteien versuchen mit ihren Möglichkeiten von lokalen Konfliktlagen und vorhandenen vorurteilsbehafteten Deutungen zu profitieren. Ob ihnen dieses gelingt, hängt auch davon ab, wie die anderen Parteien, die städtischen Verwaltungen und die Öffentlichkeit (vermeintliche) soziale Problemlagen thematisieren. Leisten diese einer Ethnisierung Vorschub, schaffen sie mit einer Grundlage dafür, dass die rassistische Agitation der Rechtsaußen-Parteien auf fruchtbaren Boden fällt.

Literatur

Beucker, Pascal (2014): Welche Rolle spielt die Kommunalpolitik für Pro NRW? In: Clemens, Dominik/Puls, Hendrik (Hg.): 33 Fragen und Antworten zu Pro Köln/Pro NRW. Entwicklung, Ideologie und Strategien einer vermeintlichen Bürgerbewegung, Köln, 25-29.

Cremer, Claus (2008): Nach NPD-Landesparteitag in Nordrhein-Westfalen. 6 Altermedia Fragen an den neuen Landeschef Claus Cremer, http://npdnrw.vs120154.hl-users.com/claus/?page_id=40 (12.02.2014)

Cremer, Claus (2013): Erste Stellungnahme/Erster Kommentar zur Bundestagswahl 2013 des Landesvorsitzenden der NPD-NRW, Claus Cremer, <http://www.npd-presse.de/2013/09/23/erste-stellungnahme-erster-kommentar-zur-bundestagswahl-2013-des-landesvorsitzenden-der-npd-nrw-claus-cremer/> (12.02.2014)

Die Rechte (2012): Programm der Partei DIE RECHTE, <http://worch.info/die-rechte/pdf/Partei-programm.pdf> (12.02.2014)

Die Rechte (2014): 25 kommunale Forderungen, <http://dortmunds-rechte.com/> (12.02.2014)

Die Rechte Düsseldorf/Solingen/Mettmann (2013): Gedanken zur Wahl und zur Freiheit, <http://rechte-duesseldorf.com/?p=146> (12.02.2014)

Erb, Rainer (2006): Protestorganisation und Eventmanagement: Der Typus des rechtsextremen Bewegungsunternehmers, in: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg, 142-176.

Hafenecker, Benno/Schöfeld, Sven (2007): Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie, eine qualitative Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

Häusler, Alexander (2013): Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung, Studie im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung NRW, Düsseldorf, http://www.boell-nrw.de/downloads/AFD_Studie_FORENA_HBS_NRW.pdf (12.02.2014)

Häusler, Alexander (2012): „Maximale Provokation“. Zum Umgang mit rechtspopulistischen Wahlkampfinszenierungen im Vorfeld der NRW-Landtagswahlen 2012, eine Handreichung des Forschungsschwerpunkts Rechtsextremismus der FH Düsseldorf im Auftrag des Landesintegrationsrates Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Häusler, Alexander (2008): Rechtspopulismus als Stilmittel zur Modernisierung der extremen Rechten, in: Ders. (Hg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden, 37-54.

Jentsch, Ulli (2010): Über die Kommunen in den Bundestag. Zum Profil der „Kommunalpolitischen Vereinigung“ (KPV) der NPD bei der Professionalisierung brauner Kommunalpolitik, in: Burschel, Friedrich (Hg.): Stand – Land – Rechts. Brauner Alltag in der deutschen Provinz, Berlin, 93-99.

NPD Unna/Hamm (2014): Kreis Unna. Intern, <http://www.npd-unna.de/> (12.02.2014)

Puls, Hendrik (2014): Arbeitet Pro NRW mit Neonazis zusammen? In: Clemens, Dominik/Puls, Hendrik (Hg.): 33 Fragen und Antworten zu Pro Köln/Pro NRW. Entwicklung, Ideologie und Strategien einer vermeintlichen Bürgerbewegung, Köln, 38-41.

Sager, Tomas (2009): Geplatze Träume. NRW-Kommunalwahl: Bescheidene Erfolge und einige Pleiten, in: Lotta – antifaschistische Zeitung aus NRW, Nr. 36, Herbst 2009, 22-25.

Sager, Tomas (2013a): „Nationalfreiheitliche Alternative“ vor dem Aus? <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/nationalfreiheitliche-alternative-vor-dem-aus> (12.02.2014)

Sager, Tomas (2013b): Die Bundestagswahl. Zum Abschneiden extrem rechter Parteien bundesweit und in NRW, in: Lotta – antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen, Nr. 53/Herbst 2013, 26-27.

Schedler, Jan (2014): Wo liegen die Ursprünge von Pro NRW? In: Clemens, Dominik/Puls, Hendrik (Hg.): 33 Fragen und Antworten zu Pro Köln/ Pro NRW. Entwicklung, Ideologie und Stra-

tegien einer vermeintlichen Bürgerbewegung, Köln, 22-24.

Schedler, Jan (2011): Brennpunkt Nordrhein-Westfalen: ‚Autonome Nationalisten‘ im Ruhrgebiet und Rheinland, in: Schedler, Jan/Häusler, Alexander (Hg.): Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung, Wiesbaden, 195-209.

Priester, Karin (2012): Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt a. M./New York

Worch, Christian (2013): Interview mit Netradio Germania, Sendung vom 30.06.2013

Autor

Hendrik Puls ist Soziologe und veröffentlichte zuletzt „33 Fragen und Antworten zu Pro Köln/Pro NRW. Entwicklung, Ideologie und Strategien einer vermeintlichen Bürgerbewegung“ (hg. mit Dominik Clemens), Köln 2014, sowie „Antikapitalismus von rechts? Wirtschafts- und sozialpolitische Positionen der NPD“, Münster 2012. Er arbeitet für die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW“.

Mit Nationalismus ins Europaparlament?

Alexander Häusler

Die Anzahl rechter EuropagegnerInnen im neu zu wählenden Europaparlament droht laut Umfragen auf bis zu 30 Prozent anzuwachsen. Die von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) erfolgreich durchgeführte Volksinitiative gegen „Masseneinwanderung“ hat anderen Rechtsparteien Auftrieb gegeben. In Deutschland hoffen nach dem vom Bundesverfassungsgericht beschlossenen Wegfall der Drei-Prozent-Hürde auch extrem rechte Splitterparteien auf einen Sitz im EU-Parlament.

Verschiebungen und neue rechte Blöcke

Sollten die Prognosen zutreffen, so könnten die Christdemokratisch-Konservativen der Europäischen Volkspartei (EVP) ihren Status als stärkste Fraktion an die sozialdemokratisch-sozialistische Fraktion im Europaparlament verlieren. In vielen grundlegenden Entscheidungen hatten beide Fraktionen sich jedoch gemeinsam verständigt. Dagegen formieren sich rechts drei Blöcke: Ein offen neofaschistischer Flügel, eine rechtspopulistische Fundamentalopposition sowie ein national-liberal-konservativ ausgerichteter Flügel mit europafeindlicher und wohlstandschauvinistischer Stoßrichtung. Diese unterschiedlichen Flügel lassen sich auch räumlich auf der europäischen Landkarte lokalisieren: In Griechenland verweist der Aufstieg der Partei „Chrysi Avgí“ (Goldene Morgenröte) auf den gefährlichen Zusammenhang von sozioökonomischer Destabilisierung und neo-

faschistischer Verblendung. Trotz laufender juristischer Auseinandersetzungen droht weiterhin eine wahlpolitische Verfestigung dieser offen neofaschistischen Partei. Um sich präventiv gegen ein mögliches Verbot zu schützen, wurde aus den eigenen Reihen eine neue Organisation gegründet: die „Ethniki Avgí“ (Nationale Morgenröte). Ebenfalls in ganz Osteuropa und insbesondere in Russland konnte der gewalttätige Neofaschismus bedrohlich an Boden gewinnen. In Ungarn wurde deutlich, wie im nationalen Rahmen eine Transformation der Demokratie hin zu einem mythologisch verklärten autoritär-nationalistischen Populismus mit pseudodemokratischer Hülle vollzogen werden kann: Während unter der Regierungspartei „Fidesz“ massiv Grundrechte und Meinungsfreiheit eingeschränkt worden sind, erzielte die offen rechtsextreme Partei „Jobbik“ bei den ungarischen Parlamentswahlen 2010 fast 17 Prozent. Aus ihren Reihen heraus bildete sich nach griechischem Vorbild eine Rechtsabspaltung unter dem Namen „Ungarische Morgenröte“. Der exzessive Rassismus, der in Ungarn zu beobachten ist, drückt sich auch in einem weit verbreiteten Antiziganismus aus. Ebenso in Rumänien, der Slowakei und Tschechien mehrten sich romafeindliche Ausschreitungen.

Ebenfalls im Norden und im Westen Europas treten neofaschistische Gruppierungen mit offen rassistischer Stoßrichtung in Erscheinung. Wahlpolitisch jedoch gilt dort ein wohlstandschauvinistischer Rechtspopulismus als politischer „Erfolgschlager“: Viele dieser Rechtsaußenparteien treten nicht mehr ganz so offen demokratiefeindlich auf, sondern inszenieren sich als die „wahren DemokratInnen“ und AnwältInnen der alleingewesenen Bevölkerung. Sie greifen aktuelle Themen wie die Integrationsfähigkeit von Einwanderungsgesellschaften oder das Demokratiedefizit in der EU auf und liefern zugleich reaktionäre „Lösungen“: Mit der populistischen Besetzung der Schlagworte „Heimat, Glaube, Identität“ wird ein nationalistisches Identifikationsangebot geliefert, das zugleich mit der Setzung von Feindbildern verfestigt wird – der „schleichenden Islamisierung“, dem „bürokratischen Moloch EU“, sowie der „Zerstörung der kulturellen Identität“ durch den Multikulturalismus, dessen „Steigbügelhalter“ die Linke sei. So hat etwa der französische „Front National“ (FN), eine der ältesten und stärksten extrem rechten Parteien in Westeuropa, einen Wandel durchlaufen und schickt sich an, bei der Europawahl zur stärksten Kraft in Frankreich zu werden. Ähnliches gilt für die „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ), die mittlerweile auch stark in das sozialdemokratische WählerInnenmilieu eingedrungen ist. Auch in den Niederlanden könnte die Partij voor de Vrijheid (PVV) von Geert Wilders laut Umfragen Spitzenenergebnisse erzielen. Alle diese Parteien haben die rassistische Kampagne der SVP gegen „Masseneinwanderung“ als „vorbildlich“ erklärt. Die er-

folgreich durchgeführte Volksinitiative im Nicht-EU-Mitgliedsland Schweiz war propagandistisch unterfüttert gewesen durch eine millionenschwere Plakatkampagne: Ein dort abgebildeter Baum, welcher bildlich durch Einwanderung „entwurzelt“ wurde, demonstrierte die völkische Ausrichtung der rassistischen Kampagne. Wer solche Kampagnen zum Vorbild für „direkte Demokratie“ in Europa erklärt, offenbart dadurch zugleich deren eigentlichen Zweck: Die populistische Inanspruchnahme des Demokratischen zur Renationalisierung des Politischen.

Europäische rechte Kooperationen und Fraktionierungen

Rechts von der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) sind aktuell neben zahlreichen fraktionslosen Abgeordneten mit den Europäischen Konservativen und Reformisten (ECR) und dem Europa der Freiheit und Demokratie (EFD) zwei Fraktionen gebildet worden. Bislang erwies sich allerdings eine länderübergreifende Kooperation vieler der im Europäischen Parlament vertretenen Rechtsaußenparteien als schwierig. Denn zumeist sind diese Parteien ganz auf ihre jeweiligen nationalen Interessen konzentriert und folglich untereinander zerstritten. Sollte es ihnen jedoch gelingen, WählerInnen der Mitte zu gewinnen, könnte das mit der Zeit auch die Abwehrkräfte der demokratischen Parteien schwächen. Bislang haben offene neofaschistische Allianzen wie die 2004 gegründete „Europäische Nationale Front“ unter Mitwirkung der griechischen Chrysi Avgi noch keine nachhaltig wirksame Kooperation zustande gebracht. Auch die „Europäische Allianz nationaler Bewegungen“, die 2012 als politische Partei auf europäischer Ebene anerkannt wurde und der bislang die Jobbik, die British National Party (BNP) und der FN angehörten, ist ebenfalls ein brüchiges Bündnis. Die Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“ hingegen stellt im Europaparlament einen deutlich rechtspopulistischen Flügel unter Führung der rechtspopulistischen United Kingdom Independence Party (UKIP) dar. Mit von der Partie sind dort u. a. die Dänische Volkspartei und „Die Finnen“. Laut aktuellen Umfragen liegt die UKIP vor den regierenden Konservativen und könnte die Anzahl ihrer Mandate im EU-Parlament noch deutlich steigern. Ein rechtes Netzwerk zur europäischen Vereinheitlichung der nationalistischen Rechten stellt die Europäische Allianz für Freiheit (EAF/EFF) dar, der bislang u. a. die FPÖ, der Vlaams Belang (VB) und die Schwedendemokraten angehörten. Die größte rechtsextreme Partei in Europa, der Front National, strebt nun unter Marine Le Pen gemeinsam mit PVV-Chef Wilders eine neue rechtspopulistische Fraktion im kommenden EU-Parlament an. Mitwirken sollen die FPÖ, der VB, die Schwedendemokraten, die separatistische italienische Lega Nord und möglicherweise auch die Slowakische Nationalpartei

(SNS) oder aber die bulgarische Ataka. Denn zur Fraktionsbildung sind 27 Abgeordnete aus sieben Ländern erforderlich.

Einen dritten Block in der Riege rechtskonservativer EuropaskeptikerInnen bildet die Fraktion der „Europäischen Konservativen und Reformisten“ (ECR) im Europaparlament unter Führung der britischen Tories unter Premierminister James Cameron. Sie ist 2009 entstanden als Abspaltung von der Europäischen Volkspartei (EVP) und stellt den Versuch dar, ein rechtskonservatives Pendant zur fortschreitenden EU-Integration sowie zu den zwei großen Fraktionen (EVP und Progressive Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament [S&D]) zu bilden. Die ECR ist die fünftgrößte Fraktion im EU-Parlament und besteht aus über 50 Mitgliedern aus neuen Staaten, von denen die tschechische ODS-Delegation die zweitstärkste Kraft darstellt. Zudem verfügt die ECR mit der Allianz der Europäischen Konservativen und Reformisten (AEER) zugleich über eine existente europäische Partei. In diesem dritten rechten Block versammeln sich die AnhängerInnen neoliberaler und nationalkonservativer Politikkonzepte auf inhaltlicher Basis der 2009 verabschiedeten Prager Erklärung. Ziel ist die angestrebte Rückentwicklung der EU zu einem von nationalen Interessen geprägten Staatenbundes, der zugleich von der Liberalisierung des europäischen Binnenmarktes profitieren soll. Praktisch beinhalten solche Vorstellungen die Durchsetzung nationaler Wohlstandchauvinistischer Interessen. Dies offenbarte Cameron jüngst mit seinen Forderungen nach Grenzschießung gegenüber ZuwandererInnen aus Rumänien und Bulgarien im Zuge des in Kraft getretenen Freizügigkeitsabkommens mit jenen Ländern.

Rechte Hoffnungen in Deutschland

In Deutschland haben extrem rechte Parteien aktuell einen schweren Stand: Die NPD als älteste neonazistische Partei steht unter dem Druck eines möglichen staatlichen Verbots und ist zudem geprägt von massiven internen Querelen. Als neue Konkurrenzpartei zur NPD konnte die Partei Die Rechte zwar besonders in NRW zahlreiche Mitglieder verbotener Neonazi-Kameradschaften unter ihrem Dach vereinigen. Eine parteipolitische Schlagkraft ist daraus bislang jedoch noch nicht erfolgt. Die Rechte steht ebenfalls unter massiver Beobachtung staatlicher Behörden und einem drohendem Verbot als unerlaubte Nachfolgeorganisation verbotener Gruppierungen. Um ihren Parteienstatus erhalten zu können, ist sie darauf angewiesen, ihre aktive parteipolitische Tätigkeit nachzuweisen und daher auch zu Wahlen anzutreten. Zur Europawahl scheint ihr das nach dem aktuellen Stand aufgrund fehlender Unterstützungsunterschriften nicht zu gelingen. Bei anderen extrem rechten Parteien sieht es nicht viel besser aus: Die DVU ist schon vor geraumer Zeit

in der NPD aufgegangen und die Republikaner befinden sich in der Endphase eines schleichen den Niedergangs. Für Parteien der extremen Rechten wie der „Pro-Bewegung“ (Pro Köln/Pro NRW/Pro Deutschland) dient die rechtspopulistische Beschwörung „des Volkes“ der Einbindung neuer Zielgruppen jenseits des offen rechtsextremen Wählerlagers. „Pro“ entsprang dem Lager der extremen Rechten: Entstanden im Jahr 1996 als damalige Parallelorganisation der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH), erprobt diese Gruppierung den Einbruch von Rechtsaußen in die politische Mitte. Unterstützung erhielt „Pro“ von der FPÖ und dem VB. Doch größere wahlpolitische Erfolge außerhalb von Nordrhein-Westfalen konnten die Pro-Parteien bislang nicht erzielen: Lediglich 1,4 Prozent der Stimmen erreichten sie bei den NRW-Landtagswahlen 2010.

Neue Hoffnungen erhalten NPD und die Pro-Parteien durch die jüngst vom Bundesverfassungsgericht gekippte Drei-Prozent-Hürde: Besonders der NPD könnte es möglicherweise gelingen, einen Abgeordneten in das EU-Parlament hinein wählen zu lassen. Denn dazu müsste die Neonazi-Partei lediglich ihr Ergebnis von der letzten Bundestagswahl halten, bei der sie 1,3 Prozent an WählerInnenstimmen erzielte. Dies wäre nicht nur ein großer symbolischer Erfolg für die Neonazis, sondern zugleich auch ein fatales Signal im Kontext der laufenden Verbotsdebatte. Die Pro-Bewegung hingegen hat angesichts ihrer bisherigen Wahlergebnisse nur äußerst geringe Chancen auf die Entsendung eines Abgeordneten nach Straßburg. Dies gilt noch deutlicher für die Republikaner, denen nicht einmal mehr der Wegfall der Prozenthürde zum Stopp ihres politischen Niedergangs reichen wird.

Völlig anders sieht dies bei der im letzten Jahr neu gegründeten Partei Alternative für Deutschland (AfD) aus. Sie könnte die rechtspopulistische Lücke füllen, die seit der Sarrazin-Debatte in Deutschland besteht: Rund 18 Prozent der WählerInnenstimmen prognostizierte im September des Jahres 2010 eine Emnid-Umfrage einer fiktiven Sarrazin-Partei. Mit seinen Thesen bediente der Erfolgsautor jedoch nicht bloß muslimfeindliche und sozialbiologische Zuschreibungen, sondern zudem auch eine Euro- und EU-skeptische Haltung. Für eine Buchpublikation gegen den Euro wurde ihm am 6. November 2012 der Deutsche Mittelstandspreis verliehen; die Laudatio hielt Hans-Olaf Henkel. In seiner Rede titulierte Henkel den Preisträger als „deutschen Widerstandskämpfer im besten Sinne des Wortes“. Henkel, der Brüssel als Synonym für die derzeitige EU-Politik nimmt, in der „zunehmend Selbsttäuschung, Gleichmacherei und Sozialismus um sich“ greifen, kann als Vertreter eines Protest-Milieus gegen den Euro gelten, das Deutschland durch einen angeblich drohenden europäischen

„Zwangsozialismus“ bedroht sieht. Die AfD, die sich mit dem Euro-Thema politisch zu verankern versucht, hat Henkel zu ihrem Spitzenkandidaten für die Europawahl 2014 erkoren. Im Kontext der Euro-Krise hat die Partei schon in ihrer Entstehungsphase eine ungewöhnlich hohe mediale Aufmerksamkeit erhalten und ihren Einzug bei den Wahlen zum Bundestag im Jahr ihrer Gründung nur knapp verfehlt. Als eine Partei rechts der FDP und der Unionsparteien weist die AfD politische Ähnlichkeiten mit dem ehemaligen „Bund Freier Bürger“ (BFB) auf. Der BFB war eine nationalliberal und rechtspopulistisch ausgerichtete Partei, die aus Protestinitiativen gegen den Maastricht-Vertrag entstand und die sich im Laufe ihres parteipolitischen Werdegangs bis hinein in den rechtsextremen Rand radikalisierte. Gründungsmitglieder des BfB gehören zu den Unterstützern der AfD, mit Joachim Starbatty kandidiert gar ein ehemaliger BfBler auf deren Europaliste. Zudem erweist sich die AfD als neuer Anlaufpunkt für frühere Mitglieder anderer Rechtsaußenparteien wie der Partei Die Freiheit oder den Republikanern. In neurechten Kreisen aus dem Umfeld der Wochenzeitung Junge Freiheit wird die AfD als möglicher Hoffnungsträger einer parteipolitisch bislang immer noch erfolglosen nationalistischen Rechten angesehen. Laut diverser Umfragen gilt der Einzug der AfD in das Europaparlament als nahezu gesichert: Zwischen fünf und acht Prozent liegen die aktuellen Prognosen. Dort ist eine Annäherung an die europaskeptische Fraktion unter Führung der britischen Tories wahrscheinlich. Damit könnte die AfD zur Verfestigung eines nationalliberal/konservativen und wohlstandschauvinistischen Blocks beitragen, der zugleich zum Einbruch in das konservative Lager der EVP führen könnte. Die Gefahr von rechts droht daher nicht bloß in Form einer nationalistischen Fundamentallopposition: Eine mögliche ECR-Fraktion mit deutscher Beteiligung könnte sich zugleich als Steigbügelhalter für einen Einbruch von Rechtsaußen in den konservativen Mainstream im Europaparlament entpuppen.

Autor

Alexander Häusler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus der FH Düsseldorf.

Das IDA-Projekt „Dimensionen – Der NSU und seine Auswirkungen auf die Migrationsgesellschaft“

Rolf Knieper und Özlem Demirel

Als im November 2011 öffentlich wurde, dass die so genannte Česká-Mordserie auf das Konto

rechtsradikaler Terrorist_innen und deren Unterstützer_innen ging, war die Überraschung – mal wieder – groß. Eine Überraschung, die ebenso zyklisch zu sein scheint, wie rechtsradikal konnotierte Terrorakte. Denn wer sich mit der Geschichte des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt, wird feststellen, dass Terror von rechts kein neues Phänomen darstellt, sondern seit Jahren virulent ist und stetig Opfer fordert. Auch aus einem anderen Grund dürfte die Mordserie des NSU nicht überraschen: Die Ergebnisse verschiedener Langzeitstudien⁵ belegen, dass Rassismus und autoritaristische Einstel-

lungsmuster kein isoliertes Phänomen eines (imaginierten) „extremistischen“ Randes der Gesellschaft sind, sondern in ihren Ursachen und Erscheinungsformen vielmehr der bürgerlichen Mitte entspringen. Hohe Werte auf der Ebene der Einstellung haben nicht zwangsläufig Auswirkungen auf die Handlungsebene. Es besteht jedoch die Gefahr, dass sich rechtsradikale Gewalttäter_innen gewissermaßen als ‚Avantgarde der Tat‘ sehen. Menschenfeindliche Einstellungsmuster in großen Teilen der Gesellschaft können als Humus dienen, auf dem – im Extremfall – Morde wie die des NSU gedeihen.

Spätestens seit der Veröffentlichung des Berichtes des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages ist evident, dass auch die Sicherheitsorgane das sind, was sie in diesem Zusammenhang eigentlich nicht sein sollten: Ein Spiegel der Gesellschaft. Bezeichnend sind Formulierungen in den polizeilichen Operativen Fallanalysen (OFA) wie: „Vor dem Hintergrund, dass die Tötung von Menschen in unserem Kulturraum mit einem hohen Tabu belegt ist, ist abzuleiten, dass der Täter hinsichtlich seines Verhaltenssystems weit außerhalb des hiesigen Normen- und Wertesystems verortet ist.“⁶ Aufgrund solcher Formulierungen und des weiteren Vorgehens der ermittelnden Beamten_innen wurden die Opfer und ihre Angehörigen stigmatisiert und kriminalisiert. Derartige rassistische Zuschreibungen auch in den Medien trugen zu einer deutlichen Verschlechterung des Sicherheitsempfindens von Migrant_innen sowie zu erhöhtem Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen bei.

Die doppelte Gewaltförmigkeit des Rassismus tritt hier offen zutage. Die Morde sind ein drastisches Beispiel für primäre rassistische Gewalt. Die systematische De-Thematisierung der rassistischen und rechtsradikalen Zusammenhänge stellt die sekundäre Form der Gewalt dar, unter denen die

unmittelbaren und mittelbaren Opfer zu leiden haben.

Ein weiterer Effekt der De-Thematisierung zeigt sich darin, dass Politik, Medien und auch zivilgesellschaftliche Organisationen nur wenige Äußerungen aus post-migrantischen Verbänden, Medien oder von entsprechenden Politiker_innen zum NSU-Komplex wahrgenommen haben, obwohl sie durchaus existieren: Bereits Mitte der 2000er Jahre wiesen diese Verbände auf einen möglichen rassistischen Hintergrund der NSU-Morde hin, es entstanden Beiträge zum Thema in entsprechenden Zeitschriften, Blogs und Online-Magazinen wie dem MiGAZIN. Die Konsequenzen der Morde für das Zusammenleben innerhalb unserer Gesellschaft werden von etablierten, mehrheitsangehörigen Politiker_innen, Journalist_innen und auch zivilgesellschaftlichen Akteur_innen kaum wahrgenommen und bedacht. Die Opfer und ihre Angehörigen, das machen die Morde sowie die aktuellen Auseinandersetzungen mit dem NSU-Prozess und den Ergebnissen der Untersuchungsausschüsse deutlich, sind die Anderen. Die Opfer und ihre Angehörigen gehören nicht zu uns, ihr Leiden ist nicht unser Leiden.

Das IDA-Projekt „Dimensionen – Der NSU und seine Auswirkungen auf die Migrationsgesellschaft“ möchte einen Beitrag dazu leisten, diese De-Thematisierung aufzubrechen. Die Perspektiven der Opfer, ihrer Angehörigen und der mittelbar Betroffenen sollen gehört und sichtbar gemacht werden.

Im Projektverlauf sollen Fachkräfte gestärkt werden, die sich der Thematik der doppelten Gewalt in der Bildungsarbeit annehmen wollen. „Dimensionen“ richtet sich jedoch nicht nur an das heterogene Feld post-migrantischer Akteur_innen. Es geht gleichermaßen darum, die Mehrheitsgesellschaft für den NSU und seine Hintergründe zu sensibilisieren. Das Projekt hat sich zum Ziel gesetzt, aus den artikulierten Forderungen und Bedarfen Inhalte für Methodenbausteine im Bereich der Jugend- und Bildungsarbeit zu entwickeln. Diese sollen Menschen zu einem reflektierten Umgang mit dem Themenfeld des NSU-Komplexes und den mit ihm in Verbindung stehenden gesellschaftlichen und politischen Rahmungen animieren.

Wenn in dieser Projektpräsentation der Terminus „migrantisch“ – in Ermangelung einer besseren Begrifflichkeit – des Öfteren genutzt wird, so findet dieser nicht im Sinne der erneuten Zementierung von Eigen- und Fremdgruppe Anwendung. Wir hoffen, dass das Projekt mit dazu beiträgt, dass sich die Sichtweise auf die von rassistischer Gewalt Betroffenen dahingehend ändert, dass die Opfer nicht als Menschen „mit Migrationshintergrund“ betrachtet werden, sondern als Menschen aus unser aller Mitte.

⁵ Vgl. Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2002-2012): Deutsche Zustände, Folge 1- 10, Berlin sowie Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2012): Die Mitte im Umbruch, Bonn

⁶ Drucksache des Deutschen Bundestages 17/14600, 2013, 878.

Autor_innen

Özlem Alev Demirel hat Politikwissenschaften, Komparatistik und Verfassungs- Sozial und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Bonn studiert. Seit Januar 2014 arbeitet sie als Projektreferentin im Projekt „Dimensionen“. Als langjähriges Mitglied der DIDF und derzeitige Vorsitzende des Verbands ist sie lange engagiert in der Antirassismuserarbeit. Zuvor war sie Landtagsabgeordnete im Landtag von Nordrhein Westfalen.

Rolf Knieper hat im Fachbereich Sozialwissenschaften der Hochschule Koblenz studiert und dort seinen Abschluss als Sozialarbeiter und Sozialpädagoge erworben. Er arbeitet ebenfalls seit Januar 2014 im Projekt „Dimensionen“. Gleichzeitig ist er seit dem Jahre 2009 für das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz als regionaler Berater und Mitarbeiter der Landeskoordinierungsstelle tätig und unterrichtet als Lehrbeauftragter an der Hochschule Koblenz.

Literatur und Materialien ...**... zum Thema Rechtsextremismus**

Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Viraler Hass. Rechtsextreme Kommunikationsstrategien im Web 2.0, Berlin 2013

Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D), 25. Jg., Baden-Baden: Nomos, 2013

Chaussy, Ulrich: Oktoberfest. Das Attentat. Wie die Verdrängung des Rechtsterrors begann, Berlin: Christoph Links, 2014

Clemens, Dominik/Puls, Hendrik (Hg.): 33 Fragen und Antworten zu Pro Köln/Pro NRW. Entwicklung, Ideologie und Strategien einer vermeintlichen Bürgerbewegung (Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln), Köln 2014

Eisenberg, Johannes/Voigt, Lea/Vogel, Manuel (Hg.): Antifaschismus als Feindbild. Der Prozess gegen den Pfarrer Lothar König, Hamburg: Laika, 2013

Glaser, Stefan/Pfeiffer, Thomas (Hg.): Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention (inkl. CD-ROM), Schwalbach i. Ts: Wochenschau, 3. überarbeitete u. ergänzte Aufl., 2013

Hartleb, Florian: Internationaler Populismus als Konzept. Zwischen Kommunikationsstil und fester

Ideologie (International Studies on Populism, Bd. 1), Baden-Baden: Nomos, 2014

Hasse, Julia/Rosenthal, Gregor (Hg.): Wider die Gleichgültigkeit! Aktiv gegen Rechtsextremismus: Perspektiven, Projekte, Tipps (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Bd. 1396), Berlin 2013

Hasse, Julia/Rosenthal, Gregor/Twisselmann, Joachim (Hg.): Wunsiedel ist bunt – nicht braun! Die Auseinandersetzungen um das Heiß-Grab verändern die politische Kultur (Sammelband, herausgegeben von Bündnis für Demokratie und Toleranz/ Projektstelle gegen Rechtsextremismus Bad Alexandersbad), Bad Alexandersbad/Berlin 2013

Kelimes, Doreen: Recht. Rechter. Rechtsextremismus. Tritt der russische Rechtsextremismus aus seinem subkulturellen Schatten heraus? Stuttgart: ibidem, 2012

Kuban, Thomas: Blut muss fließen: Undercover unter Nazis, Frankfurt a. M./New York: Campus, 2012

Langebach, Martin/Raabe, Jan: RechtsRock – Made in Thüringen (herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen), 3. überarbeitete u. erweiterte Aufl., Erfurt 2013

OSZ für Demokratie und Vielfalt/OSZ gegen rechts in Kooperation mit Violence Prevention Network e. V. (Hg.): Schulhof-CD „Die Zukunft im Blick“ der Jungen Nationaldemokraten (2013). Pädagogische Annäherung und Argumente für die politische Bildungsarbeit in Schule, beruflicher Bildung und Jugendeinrichtungen (Bausteine der Prävention von Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der beruflichen Bildung Nr. 5. Eine Handreichung für Demokratie und Vielfalt), Berlin 2013

Psarras, Dimitris: Neofaschisten in Griechenland. Die Partei Chrysí Avgí (Edition PROVO, Bd. 10), Hamburg: Laika 2014

Schellenberg, Britta: Die Rechtsextremismus-Debatte. Charakteristika, Konflikte und ihre Folgen (Virchow, Fabian/Häusler, Alexander (Hg.): Edition Rechtsextremismus), Wiesbaden: Springer VS, 2. Aufl., 2013

Schieren, Stefan (federführender Hg.): Populismus, Extremismus, Terrorismus (politische Bildung. Beiträge zur wissenschaftlichen Grundlegung und zur Unterrichtspraxis, 46. Jg., 4/2013), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2013

Volkshilfe Flüchtlings- & MigrantInnenbetreuung Oberösterreich (Hg.): Grauer Wolf im Schafspelz.

Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft (edition sandkorn), Grünbach: Buchverlag Franz Steinmaßl, 2012

... zu den Themen Rassismus, Antisemitismus, Antirassismus

Ansari, Humayun/Hafez, Farid (Hg.): From the Far Right to the Mainstream. Islamophobia in Party Politics and the Media, Frankfurt/New York: Campus, 2012

Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) (Hg.): Antidiskriminierungsberatung in der Praxis. Die Standards für eine qualifizierte Antidiskriminierungsberatung ausbuchstabiert, Berlin 2013

Blumenberg, Yigal/Hegener, Wolfgang (Hg.): Die „unheimliche“ Beschneidung. Aufklärung und die Wiederkehr des Verdrängten, Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel, 2013

Brühl, Christian/Meier, Marcus (Hg.): Antisemitismus als Problem in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit. Pädagogische und didaktische Handreichungen für Multiplikatoren und Multiplikatorinnen (Beiträge und Materialien 2 der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln), 3. Aufl., Köln 2014

Brumlik, Micha: Innerlich beschnittene Juden. Zu Eduard Fuchs' „Die Juden in der Karikatur“ (konkret texte 58), Hamburg: Konkret, 2012

Bunzl, John/Hafez, Farid (Hg.): Islamophobie in Österreich, Innsbruck/Wien/Bozen: Studien, 2009

Detzner, Milena/Drücker, Ansgar (im Auftrag des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismuserbeit e. V. (IDA)) (Hg.): Antisemitismus – ein gefährliches Erbe mit vielen Gesichtern. Handreichung zu Theorie und Praxis (Reader für Multiplikator_innen in der Jugend- und Bildungsarbeit), Düsseldorf 2013

Hall, Stuart: Populismus, Hegemonie, Globalisierung (Diaz, Victor Rego/Koivisto, Juha/Lauggas, Ingo (Hg.): Ausgewählte Schriften, Bd. 5), Hamburg: Argument, 2014

Hentges, Gudrun/Nottbohm, Gudrun/Jansen, Mechthild M./Adamou, Jamila (Hg.): Sprache – Macht – Rassismus, Berlin: Metropol, 2014

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA) (Hg.): Was heißt eigentlich ... Antiziganismus? (Flyer), Düsseldorf 2013

Lagodinsky, Sergey: Kontexte des Antisemitismus. Rechtliche und gesellschaftliche Aspekte der Meinungsfreiheit und ihrer Schranken, Berlin: Metropol, 2013

Markom, Christa: Rassismus aus der Mitte. Die soziale Konstruktion der „Anderen“ in Österreich (Kultur und soziale Praxis), Bielefeld: transcript, 2014

Quicker, Esther/Killguss, Hans-Peter (Hg.): Sinti und Roma zwischen und Ausgrenzung und Selbstbehauptung. Stimmen und Hintergründe zur aktuellen Debatte (Beiträge und Materialien 07 der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln. Artikel, Erfahrungen, Interviews, Fotos), Köln 2013

Ullrich, Peter: Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt. Politik im Antisemitismus- und Erinnerungsdiskurs, Göttingen: Wallstein, 2013

Yilmaz-Günay, Koray/Klinger, Freya-Maria: Realität Einwanderung. Kommunale Möglichkeiten der Teilhabe, gegen Diskriminierung (Crashkurs Kommune 9), Hamburg: VSA, 2014

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma (Hg.): Verbot rassistisch diskriminierender Wahlkämpfe. Eine Bestandsaufnahme zur Auseinandersetzung über die NPD-Wahlplakate gegen Sinti und Roma 2013. Dokumentation zur Vorlage beim Bundesjustizministerium (Schriftenreihe, Bd. 8), Heidelberg 2013

... zum Thema NS-Vergangenheit

Klee, Ernst: Auschwitz. Täter, Gehilfen, Opfer und was aus ihnen wurde. Ein Personenlexikon (Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Buchreihe), Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch, 2013

Schlieper, Katharina (Hg.): Das deutsche Volk klagt an. Hitlers Krieg gegen die Friedenskämpfer in Deutschland. Ein Tatsachenbericht. Erweiterter Reprint der Originalausgabe von 1936 aus dem Pariser Exil, Hamburg: Laika, 2012

... zum Thema Zuwanderung und Migration

Ataç, Ilker/Fanizadeh, Michael/Kraler, Albert u. a. (Hg.): Migration und Entwicklung. Neue Perspektiven (Historische Sozialkunde/Internationale Entwicklung 32), Wien: Promedia, 2014

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (Hg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Themenheft „Gren-

zenloses Europa. Europas Grenzen. Migration, Flucht, Asyl“, 63. Jg., 47/2013, Bonn 2013

Förderverein Pro Asyl/Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Refugees Welcome. Gemeinsam Willkommenskultur gestalten, Berlin 2013

Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung (Kultur und soziale Praxis), Bielefeld: transcript, 2014

Gieler, Wolfgang (Hg.): Handbuch Europäischer Migrationspolitiken. Die EU-Länder (Politik. Forschung und Wissenschaft, Bd. 12), Berlin: LIT, 2. aktualisierte u. erweiterte Aufl., 2013

Moosmüller, Alois/Möller-Kiero, Jana (Hg.): Interkulturalität und kulturelle Diversität. (Münchener Beiträge zur Interkulturellen Kommunikation, Bd. 26), Münster/New York: Waxmann, 2014

Neck, Reinhard/Schmidinger, Heinrich (Hg.): Migration (Wissenschaft – Bildung – Politik, Bd. 15), Wien/Köln/Weimar: Böhlau, 2013

Tölle, Hartmut/Schreiner, Patrick (Hg.): Migration und Arbeit in Europa, Köln: PapyRossa, 2014

... zu den Themen Migrationsgesellschaft und Migrationspädagogik

Beetz, Michael/Corsten, Michael/Rosa, Hartmut u. a.: Was bewegt Deutschland? Sozialmoralische Landkarten engagierter und distanzierter Bürger in Ost- und Westdeutschland, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2014

Bens, Jonas/Kleinfeld, Susanne/Noack, Karoline (Hg.): Fußball. Macht. Politik. Interdisziplinäre Perspektiven auf Fußball und Gesellschaft (Kultur und soziale Praxis), Bielefeld: transcript, 2014

Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e. V. (Hg.): soziokultur. Prinzipien – Praxis – Perspektiven. Informationsdienst der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e. V. Themenschwerpunkt „K hoch X. Interkulturelle Öffnung von soziokulturellen Zentren“, 23. Jg., Nr. 94, 4/2013, Berlin 2013

Drücker, Ansgar (im Auftrag des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA)) (Hg.): Die Interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit. Bestandsaufnahme und Erfahrungen aus Projekten (Reader für Multiplikator_innen in der Jugend- und Bildungsarbeit), Düsseldorf 2013

Foitzik, Andreas: Interkulturelle Kompetenz (Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg (ajs) (Hg.): ajs-kompaktwissen 4/2013), Stuttgart 2013

Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Deutscher Koordinierungsrat e. V. (Hg.): Freiheit – Vielfalt – Europa. Themenheft 2014, Bad Nauheim 2013

Halm, Dirk/Meyer, Hendrik (Hg.): Islam und die deutsche Gesellschaft (Islam und Politik), Wiesbaden: Springer VS, 2013

Hanitzsch, Konstanze: Deutsche Scham. Gender. Medien. „Täterkinder“. Eine Analyse der Auseinandersetzungen von Niklas Frank, Beate Nieermann und Malte Ludin, Berlin: Metropolis, 2013

Hauenschild, Katrin/Robak, Steffi/Sievers, Isabel (Hg.): Diversity Education. Zugänge – Perspektiven – Beispiele (Bildung in der Weltgesellschaft 6/ Wissen & praxis 171), Frankfurt a. M.: Brandes & Appel, 2013

Herding, Maruta für das Deutsche Jugendinstitut e. V., Außenstelle Halle, Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Projektmodul „Neue Herausforderungen der pädagogischen Extremismusprävention bei jungen Menschen“ (Hg.): Radikaler Islam im Jugendalter. Erscheinungsformen Ursachen und Kontexte, Halle 2013

Hoffmeier, Andrea/Smith, Dolores (Hg.): Interkulturelle Kompetenz und Kulturelle Erwachsenenbildung. Erfahrungsfelder, Möglichkeitsräume, Entwicklungsperspektiven (EB-Buch 33), Bielefeld: W. Bertelsmann, 2013

Horz, Christine: Medien – Migration – Partizipation. Eine Studie am Beispiel iranischer Fernsehproduktion im Offenen Kanal (Critical Media Studies, Bd. 10), Bielefeld: transcript, 2014

Huneke, Dorte (Hg.): Ziemlich deutsch. Betrachtungen aus dem Einwanderungsland Deutschland (Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 1386), Bonn 2013

Kaddor, Lamya/Rubinstein, Michael: So fremd und doch so nah. Juden und Muslime in Deutschland, Ostfildern: Patmos, 2013

Kiepenheuer-Drechsler, Barbara: Vielfalt plus Zusammenhalt. Eine ethnologische Perspektive auf die Praxis Berliner Integrationspolitik (Kultur und soziale Praxis), Bielefeld: transcript, 2013

Meier-Braun, Karl-Heinz/Weber, Reinhold (Hg.): Deutschland Einwanderungsland. Begriffe – Fakten – Kontroversen, Stuttgart: Kohlhammer, 2013

Oechler, Melanie/Schmidt, Holger (Hg.): Empirie der Kinder- und Jugendverbandsarbeit. Forschungsergebnisse und ihre Relevanz für die Entwicklung von Theorie, Praxis und Forschungsmethodik, Wiesbaden: Springer VS, 2014

Trauschein, Therese: Die soziale Situation jugendlicher „Sinti und Roma“ (Bildung und Gesellschaft), Wiesbaden: Springer VS, 2014

Vorgänge e. V. in Zusammenarbeit mit der Humanistischen Union, vereinigt mit der Gustav Heinemann-Initiative (Hg.): Vorgänge 203. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik. Themenheft „Religiöse Sonderrechte auf dem Prüfstand“, 52. Jg., H.3, Berlin 2013

Wansing, Gudrun/Westphal, Manuela (Hg.): Behinderung und Migration. Inklusion, Diversität, Intersektionalität, Wiesbaden: Springer VS, 2014

... zu den Themen Jugendarbeit und Jugendhilfe

Bannach, Stefan: JugendBewegt: Zum Selbstverständnis Bündischer Pfadfinder und ihrer Abgrenzung zum rechten Rand, Norderstedt: Books on Demand, 2011

Böhnisch, Lothar/Schröer, Wolfgang: Soziale Arbeit – eine problemorientierte Einführung, Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt, 2013

Institut für Beratung und Projektentwicklung (IBPro) (Hg.): Vereinspraxis. Ein Ratgeber zum Vereinsrecht, zum Arbeitsrecht und zu kaufmännischen Fragen (Materialien der AG SPAK – M 272), 5. aktualisierte und erweiterte Aufl., Neu-Ulm 2013

Sander, Wolfgang (Hg.): Handbuch politische Bildung (Reihe Politik und Bildung, Bd. 69), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 4. völlig überarbeitete Aufl., 2014

Scholle, Thilo/Schwarz, Jan/Ciftci, Ridvan (Hg.): Zwischen Reformismus und Radikalismus. Jungsozialistische Programmatik in Dokumenten und Beschlüssen, Bonn: J. H. W. Dietz Nachf., 2014

Termine

Kongress des DGB-Bildungswerks NRW
„Für ein Europa ohne Rassismus“

Termin: 5. April 2014

Ort: Düsseldorf

Infos: DGB-Bildungswerk NRW e. V., Bismarckstraße 77, 40210 Düsseldorf

www.dgb-bildungswerk-nrw.de

adzeladini@dgb-bildungswerk-nrw.de

Nachrichten

Europaparlament warnt vor Zunahme von Rassismus

In einer mit großer Mehrheit verabschiedeten Resolution zur ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit in der EU stellen sich die Europaabgeordneten aller großen Fraktionen nachdrücklich gegen den populistischen Feldzug gegen „Armutseinwanderung“ wie ihn die CDU/CSU und führende PolitikerInnen aus anderen EU-Ländern derzeit führen, so die Europaabgeordnete Ska Keller von Bündnis 90/Die Grünen: Die Abgeordneten warnen davor, „dass EU-Bürger aus einigen Mitgliedstaaten oder zugewanderte EU-Bürger zu Sündenböcken gemacht werden und es zu einer Zunahme von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit kommt“, wenn die Diskussion nicht sachorientiert geführt werde. Der stammtischseeligen Aufregung in Deutschland um die Stellungnahme der EU-Kommission zum Abschluss von EU-EinwanderInnen aus Hartz IV halten die Europaabgeordneten die Grundregeln der europäischen Freizügigkeit entgegen: ArbeitnehmerInnen aus EU-Staaten dürfen nicht diskriminiert und benachteiligt werden. Sie fordern die Kommission ausdrücklich auf, „die Wahrung des Rechts auf Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus EU-Staaten systematisch und gründlich zu überwachen“. Auch die Aufforderung des Parlaments, europäische Mittel zur sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut besser zu nutzen, ist ein Wink mit dem Zaunpfahl. Nach Medienberichten hat Deutschland drei Milliarden Euro EU-Zuschüsse aus dem Europäischen Sozialfond nicht abgerufen — obwohl Städte wie Duisburg, Dortmund oder Berlin dringend auf das Geld angewiesen wären. Das Europaparlament hat mit der Resolution deutlich gemacht, wie die Debatte um EU-Einwanderung und -Freizügigkeit sachorientiert und ohne aufgeheizte Parolen geführt werden kann. Daran sollten sich deutsche PolitikerInnen vor allem der CDU/CSU ein Beispiel nehmen, so Ska Keller.

Infos:

<http://www.ska-keller.de/de/themen/migration/>

„Sozialtourismus“ ist Unwort des Jahres 2013

Die Jury der Sprachkritischen Aktion „Unwort des Jahres“ hat den Begriff „Sozialtourismus“ zum Unwort des Jahres 2013 gewählt. Die JurorInnen begründeten ihre Wahl damit, dass im letzten Jahr die Diskussion um erwünschte und nicht erwünschte Zuwanderung nach Deutschland wieder aktuell geworden ist. In diesem Zusammenhang wurde von einigen PolitikerInnen und Medien mit dem Ausdruck „Sozialtourismus“ gezielt Stimmung gegen unerwünschte ZuwanderInnen, insbesondere aus Osteuropa, gemacht. Das Grundwort „Tourismus“ suggeriert in Verdrehung der offenkundigen Tatsachen eine dem Vergnügen und der Erholung dienende Reisetätigkeit. Das Bestimmungswort „Sozial“ reduziert die damit gemeinte Zuwanderung auf das Ziel, vom deutschen Sozialsystem zu profitieren. Dies diskriminiert Menschen, die aus purer Not in Deutschland eine bessere Zukunft suchen, und verschleiert ihr prinzipielles Recht hierzu. Der Ausdruck „Sozialtourismus“ reiht sich dabei in ein Netz weiterer Unwörter ein, die zusammen dazu dienen, diese Stimmung zu befördern: „Armutszuwanderung“ wird im Sinne von „Einwanderung in die Sozialsysteme“ ursprünglich diffamierend und nun zunehmend undifferenziert als vermeintlich sachlich-neutraler Ausdruck verwendet. Mit „Freizügigkeitsmissbrauch“ wird denjenigen, die die in der EU jetzt auch für Menschen aus Bulgarien und Rumänien garantierte Freizügigkeit nutzen, ein kriminelles Verhalten unterstellt. Der Ausdruck „Sozialtourismus“ treibt die Unterstellung einer böswilligen Absicht jedoch auf die Spitze.

Infos: www.unwortdesjahres.net
kontakt@unwortdesjahres.net

Offener Brief: „Wir sind keine Schlitzaugen!“

In einem offenen Brief wandten sich am 06. Februar 2014 Dr. Kien Nghi Ha, Nataly Jung-Hwa Han und Noa Ha an die Verantwortlichen des Berliner Volkstheaters Heimathafen Neukölln: „Wir haben zu unserem Entsetzen erfahren, dass bis zum 04. Februar 2014 über einen längeren Zeitraum hinweg trotz eingegangener Beschwerden der Heimathafen Neukölln im Rahmen seiner

Ausstellung „I love NK“ ein für asiatische Menschen unzweifelhaft verletzendes Bild gezeigt hat. Auf diesem Foto ist eine blonde weiße Frau in einem weißen Heimathafen-T-Shirt mit dem Aufdruck „I love NK“ in einer ostasiatisch anmutenden Parkanlage zu sehen. Ihr grinsendes Gesicht reproduziert ein altes und sehr herabsetzendes rassistisches Stereotyp, indem sie mit ihren Fingern ihre Augen zu „Schlitzen“ hochzieht. Als belebte und kulturell gebildete Personen sind wir uns sicher einig, dass diese Darstellung anti-asiatischen Rassismus fördert. Das Bild vermittelt die Macht, als überlegen fühlende Weiße in Blackfacing-Manier sich über „asiatisch“ Aussehende lustig zu machen und dabei ihr Gesicht zu einer Grimasse zu deformieren. Sowohl die zynische Karikatur (ost)asiatischer Menschen als hinterhältige Unmenschen als auch der Mythos der „Schlitzaugen“ als typisch ostasiatische Attribute verfügen über eine jahrhundertealte kolonialrassistische Tradierung. (...) Vor dem Hintergrund, dass der Heimathafen Neukölln sich als Volkstheater versteht und mit dieser Aktion weltweit für das interkulturelle Zusammenleben in Berlin-Neukölln werben will, ist der hier offensichtlich zelebrierte anti-asiatische Rassismus besonders schwerwiegend und bedauerlich. (...) Wir fordern die Leitung des Heimathafen Neukölln auf, Verantwortung zu übernehmen und sich umgehend öffentlich zu entschuldigen. Ferner fordern wir Sie nachdrücklich dazu auf, diese künstlerische Entgleisung in der Öffentlichkeit lückenlos und vorbehaltlos aufzuklären.“

Der offene Brief, den zahlreiche Organisationen und Einzelpersonen unterzeichnet haben, ist hier online:

www.kororientation.de/08/02/2014/offener-briefwir-sind-keine-schlitzaugen-heimathafen-neukolln/